

Irland, Finnland und die Slowakei verbieten Amalgam-Füllungen ab 2030 Was macht die Bundesregierung?

Berlin, 09. Juli 2019 - Bis zum 01. Juli mussten alle Mitgliedstaaten einen Plan ausarbeiten, in dem sie festlegen, wie sie die Verwendung von Amalgam weiter reduzieren wollen. Ab August müssen diese dann online einsehbar sein, so eine Auflage der EU. Nun sind bereits die ersten Pläne erschienen: Irland, Finnland und die Slowakei verbieten Amalgam ab 2030.

Der nationale Plan zur Verringerung der Verwendung von Amalgam ist eine Auflage der EU-Quecksilberverordnung von 2017. Die Europäische Union setzt damit das internationale Minamata-Übereinkommen zur Verringerung der Quecksilberemissionen um. Ein wichtiger Bestandteil dieser Verordnung ist die stufenweise Reduzierung bzw. Einstellung der Verwendung von Zahn amalgam, das zu 50 % aus Quecksilber besteht.

Bis zum 1. Juli 2019 sollte jeder Mitgliedstaat seinen Plan dazu vorlegen und dabei schrittweise Maßnahmen festlegen, die noch über das bereits seit dem 1. Juli 2018 bestehende Verbot von Amalgam für Kinder unter 15 Jahren, Schwangere und stillende Frauen, hinausgehen.

Nun haben mehrere Länder ihre Pläne veröffentlicht und ein generelles Amalgam-Verbot beschlossen. Damit kommen sie einer offiziellen Untersuchung der Europäischen Kommission zuvor, die derzeit prüft, ob man Amalgam ab 2030 europaweit generell verbieten kann.

„Bemerkenswert ist, dass die Entscheidung, Amalgam zu verbieten, aus Ländern mit unterschiedlichsten wirtschaftlichen Voraussetzungen kommt. Die Verbesserung von kostengünstigen und leicht zu verarbeitenden Alternativen hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass überall auf Amalgam verzichtet werden kann.“ sagt, Florian Schulze, Geschäftsführer der IG Umwelt Zahn Medizin, der sich auch in Deutschland für ein generelles Amalgam-Verbot einsetzt.

„Quecksilber ist eines der giftigsten Elemente der Erde und geringste Mengen können bereits schwerwiegende Gesundheitsschäden nach sich ziehen. Wenn die meisten quecksilberhaltigen Produkte wie Batterien, Lampen oder Thermometer ab 2020 verboten werden, sollte bei Amalgamfüllungen keine Ausnahme gemacht werden. Die Verwendung von Quecksilber für Amalgam macht dabei sogar den größten Anteil in der Europäischen Union aus und ist eine bedeutende Quelle für Umweltverschmutzungen. Auch Deutschland sollte in Europa eine vorbildliche Rolle einnehmen und den Beispielen von Schweden und Norwegen so schnell wie möglich folgen. Dort ist Amalgam bereits seit 2008/09 verboten.“

Aus Regierungskreisen wurde mitgeteilt, dass die Veröffentlichung des nationalen Plans der Bundesregierung in den kommenden Tagen zu erwarten sei.

Presseanfragen und Kontakt:

Florian Schulze | 0178 1812729 | florian.schulze@ig-umwelt-zahnmedizin.de

Schrittweise Maßnahmen der nationalen Pläne:

Finnland:

<http://julkaisut.valtioneuvosto.fi/handle/10024/161702>

- Langfristiges Ziel ist es, die Verwendung von Amalgam bis 2030 vollständig einzustellen.
- Kurzfristige Ziele: Reduzierung des Amalgamverbrauchs ab 2019 um mindestens 25% bis 2022; 50% bis 2025 und 75% bis 2028.
- Die Verwendung von Amalgam wird durch das öffentliche Fördermodell beeinflusst. Das Modell sollte in den nächsten Jahren überprüft und aus dieser Perspektive erneuert werden.

Irland:

<https://health.gov.ie/wp-content/uploads/2019/06/Amalgam-National-Plan.pdf>

- Irland unterstützt einen Ausstieg/Verbot von Amalgam in allen Altersgruppen bis 2030.
- Überarbeitung des öffentlichen Zahlungssystems zur Unterstützung quecksilberfreier Alternativen für berechnigte Personen aller Altersgruppen.

Slowakei:

<http://www.skzi.sk/aktuality/3158-narodny-plan-opatreni-v-suvislosti-s-postupnym-ukoncovanim-pouzivania-zubneho-amalgamu>

- Die Slowakei hat ein generelles Amalgam-Verbot ab dem 01.01. 2031 in die nationale Gesetzgebung Nr. 578/2004 aufgenommen und bereits ein Strafmaß bei Missachtung festgesetzt.
- Eine Anpassung der Bezuschussung von alternativen Füllungen ist in den nächsten Jahren vorgesehen (allerdings außerhalb des Nationalen Plans)